



Foto: epd/Image Images

25. Januar, Hochschule Hannover: Der Sozialpädagogik-Professor Martin Wazlawik übergibt die Studie zu sexualisierter Gewalt in der evangelischen Kirche an die EKD-Ratsvorsitzende Kirsten Fehrs. Im Hintergrund das Forschungsteam

Warum haben Sie nicht hingeschmissen, Herr Wazlawik?

Sexueller Missbrauch durch evangelische Pfarrer hat erschreckende Ausmaße – das zeigt eine große Studie. Dabei wurden dem Forschungsteam um Martin Wazlawik sogar noch wesentliche Daten vorenthalten. »Nicht die Traumvorstellung von Wissenschaft«, sagt der Professor – und verteidigt seine Arbeit

INTERVIEW VON RAOUL LÖBBERT UND GEORG LÖWISCH

Christ&Welt: Herr Wazlawik, was unterscheidet denn sexuellen Missbrauch unter dem Dach der Kirche von dem im Sportverein?

Martin Wazlawik: Es gibt mehrere Unterschiede. Wir sehen zum Beispiel bei den Pfarrern ein bestimmtes Rollenbild. Sie haben Pastoralmacht. Sie haben besonderes rhetorisches Geschick. Das haben die Pfarrer als Täter eingesetzt, um sexualisierte Gewalt anzubahnen und die Betroffenen zu manipulieren. Besonderheiten sehen wir auch im Umgang mit Missbrauch.

C&W: Sie meinen jetzt nicht die Täter, sondern die Gemeinden, die Kollegen und die Vorgesetzten?

Wazlawik: Ja. Wir haben den Aspekt einer Art Unvorstellbarkeit gefunden: In dieser Kirche, die sich so partizipativ, so demokratisch, so geschlechtergerecht sieht, wurde sexualisierte Gewalt in gewisser Weise für unvorstellbar gehalten. Davon berichten Betroffene aus ihrem Tatkontext heraus. Sie hatten das Gefühl, ihnen würde eh niemand glauben, weil niemand glaubt, dass in der evangelischen Kirche so etwas passiert. Es gibt die latente Erzählung der progressiven, der besseren Kirche. Ohne Risikofaktoren wie Zölibat, Sexualmoral, starke Hierarchien in der katholischen Kirche könnten maximal Einzelfälle vorkommen. Das ist so nicht richtig.

C&W: Ist dieses Selbstbild heute ein Problem der Aufarbeitung? Oder hat es auch in den vergangenen Jahrzehnten dazu beigetragen, dass Verbrechen nicht aufgedeckt und weitere ermöglicht wurden?

Wazlawik: Wir haben Fälle rekonstruiert. Da finden wir das beschriebene Phänomen. Es schlägt sich aber auch in der Aufarbeitung nieder. Unter anderem das Selbstbild hat die öffentliche Beschäftigung der evangelischen Kirche mit sexualisierter Gewalt verzögert.

C&W: Welche Rolle spielte der Föderalismus der EKD mit ihren 20 Landeskirchen?

Wazlawik: Die föderalen Strukturen erschweren den Umgang mit sexualisierter Gewalt. Es ist oft unklar, wer verantwortlich ist. Betroffene können Glück oder Pech haben, ob sie an einen evangelischen Träger mit Ahnung und Problembewusstsein geraten, der eine Stelle hat, wo Betroffene sexualisierte Gewalt melden können. Oder auch nicht. Sie können an einen evangelischen Träger geraten, der arm oder reich ist. Das kann sich erheblich auf die Anerkennungszahlung auswirken.

C&W: In der sogenannten ForuM-Studie des großen Forschungsverbundes vieler Hochschulen stellen Sie eine mangelnde Konfliktbereitschaft und einen extremen Hang zur Harmonie fest.

Wazlawik: Ein sehr evangelisches Motiv im Umgang mit Betroffenen und der Bearbeitung von Fällen ist es, diesen vermeintlichen »Konflikt« aufzulösen. Sexualisierte Gewalt ist aber kein Konflikt wie einer, den zwei Kollegen bei der Arbeit austragen. Es geht hier um eine tief greifende Beschädigung von Menschen. Damit muss man anders umgehen. Wir sehen auch, dass Betroffene von der Kirche sehr schnell zur Vergebung aufgefordert werden: Vergebt, dann löst sich die Situation auf.

C&W: Was passiert, wenn Betroffene dem Täter nicht vergeben?

Wazlawik: Wir haben gesehen, dass es in der evangelischen Kirche Menschen gibt, die Betroffene unterstützen und sie begleiten. In den Fällen, die wir uns angeguckt haben, sehen wir aber einen Knackpunkt: Solange Betroffene das tun, was die evangelische Kirche von ihnen erwartet, und sie nicht zu viel fordern, so lange gibt es Unterstützung. Wenn sie den vorgesehenen Pfad verlassen und eine andere Art von Aufarbeitung verlangen, wenn also die evangelischen Institutionen oder einzelne Personen Sorge haben, dass sie beschädigt werden, kippt das Ganze.

C&W: Wenn die Institution nicht ihre Harmonie zurückerhält, dann schlägt sie zurück oder lässt die Betroffenen im Bürokratiendschungel versacken?

Wazlawik: Dann werden Betroffene unter anderem mit Formen institutioneller Macht konfrontiert. Ihre Glaubwürdigkeit wird angezweifelt, es werden Mythen gebildet oder die Institution agiert träge. Sie gibt zum Beispiel nur verzögert Informationen heraus, meldet sich erst auf Nachfrage zurück oder verweist auf abstrakte Verfahrenszwänge.

»Es bleiben die Fälle offen, die es gar nicht in die Akten schaffen«

C&W: Nützliche Betroffene werden gehegt, sperrige Betroffene gemobbt?

Wazlawik: Das ist zu stark pointiert und in der Gegensätzlichkeit nicht mein Punkt. Es findet auch beides in ein und demselben Fall statt. Wir sehen, dass Betroffene Hilfe erfahren, wenn das für die evangelische Kirche verwertbar ist.

C&W: Sie sprechen in der Gegenwartsform. Es wird immer noch mit Betroffenen so umgegangen?

Wazlawik: Diese Defizite sind nicht allein historisch. Wir haben etwa auch Interviews mit Betroffenen geführt, deren Fälle sehr aktuell sind. Die Fälle reichen bis in den Zeitraum, in dem wir die Studie erstellt haben.

C&W: Das Durchschnittsalter der Betroffenen liegt in Ihrer Studie bei etwa elf Jahren. Bislang gingen viele von fast Erwachsenen als Hauptbetroffengruppe aus. Ist das überraschend für Sie?

Wazlawik: Es gibt sehr verschiedene Tatorte und Tatkontexte in der evangelischen Kirche, nicht nur

den Konfirmandenunterricht, sondern auch Kitas, Jugendfreizeiten, das Pfarrhaus und die Pfarrfamilie. Die elf Jahre sind ein Durchschnittswert. Das ergibt sich aus den Fällen, die wir aus Aktenbeständen identifizieren konnten, ebenso ist es der Durchschnittswert einer Online-Studie mit Betroffenen und einer Reihe qualitativer Interviews.

C&W: In der Studie stellen Sie einen unprofessionellen, teils dilettantischen Umgang in der evangelischen Kirche mit Fällen von sexualisierter Gewalt fest. Sind Sie auch auf Vertuschung gestossen?

Wazlawik: Wir können das nicht ausschließen, aber aus unserem Datenmaterial kann man sie auch nicht bejahen.

C&W: In Ihrer Zusammenfassung ist von geheimen Kisten die Rede mit sogenannten Problematiken. Da denkt man sofort an Kardinal Joachim Meisner in Köln und seinen Ordner »Brüder im Nebel«.

Wazlawik: Wir können erst mal nur beschreiben, was wir gefunden haben und was uns mitgeteilt wurde. Man darf den Vorwurf der Vertuschung als Wissenschaftler nur sehr abgesichert erheben. Wir tun dies hier nicht.

C&W: Sie schreiben auch über Versetzungen von Beschuldigten. Dadurch wurden in der katholischen Kirche Taten vertuscht und neue Verbrechen ermöglicht. Sind das keine Hinweise?

Wazlawik: Wir haben in einzelnen Teilprojekten, etwa in der Studie über die evangelische Kirche in der DDR, Hinweise gefunden, dass Beschuldigte im Rahmen von Disziplinarverfahren ihr Recht zur Ausübung des Pfarramts abgeben mussten und in diakonischen Einrichtungen versorgt wurden. Die Frage der strukturellen Versetzung und damit Vertuschung können wir aus den quantitativen Daten, die wir zur Verfügung hatten, nicht erfassen. Aber wir sehen, dass auch Beschuldigte in andere Landeskirchen wechselten.

C&W: Zum Design der Studie gehörte, dass 20 Landeskirchen ihre Personalaktenbestände systematisch prüfen. Sie sollten Ihnen Daten aus den Personalakten zuliefern. Von den 20 hat das nur eine Landeskirche getan, 19 lieferten nicht. Warum?

Wazlawik: Wir haben allen Landeskirchen einen umfangreichen Fragebogen geschickt. Darin fragten wir nach Strukturdaten, nach bekannten Fällen sexualisierter Gewalt oder wie sie ihre Akten führen. Bei der Bearbeitung des Fragebogens ist es zu einer erheblichen Verzögerung durch die Landeskirchen gekommen. Auch qualitativ war die Zusammenarbeit nicht ausreichend.

C&W: Wie reagierten Sie?

Wazlawik: Wir mussten nachexplorieren. Das bedeutet, wir klärten im Dialog mit den Landeskirchen bestimmte offene Fragen. Und dann stellte sich tatsächlich die Frage: Was können sie in der Restlaufzeit der Studie noch schaffen? Landeskirchen haben zurückgemeldet, dass sie nicht über ausreichende personelle Ressourcen verfügen, um alle ihre Personalakten auf Fälle sexualisierter Gewalt in der verbleibenden Zeit zu analysieren. Vertraglich vereinbart war, dass die Personalakten analysiert werden. Wir entschieden schließlich 2022, unser Vorhaben auf die Disziplinarakten reduzieren zu müssen.

C&W: Dadurch schraubten Sie Ihre Datenerhebung zurück: Es sind viel weniger Disziplinarakten. Und nicht jeder Hinweis auf sexualisierte Gewalt, der in der Personalakte eines Pfarrers auftaucht, hat zu einem Disziplinarverfahren geführt.

Wazlawik: Es war nicht unser methodischer Wunsch. Und das ist auch nicht die Traumvorstellung von Wissenschaft. Aber so konnten wir uns wenigstens einen ersten Eindruck über die Datenlage in den Akten verschaffen.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

C&W: Haben Sie eigentlich auch selbst Akten lesen können?

Wazlawik: Man muss hier unterscheiden. Für eine anlasslose Durchsicht aller Personalakten durch die Forscher selbst gibt es keine datenschutzrechtliche Grundlage. Wir haben stattdessen umfangreiche Fragebögen an die Landeskirchen verschickt. Anhand derer sollten die dort zuständigen Mitarbeiter die Personalaktenbestände durcharbeiten. In einzelnen Fällen in qualitativen Teilprojekten mit konkreten Hinweisen haben wir Personalakten selber eingesehen. Zusätzlich haben wir natürlich viele andere Aktenbestände jenseits von Personalakten gesichtet.

C&W: Waren die Landeskirchen vielleicht überfordert, weil sie die Fragebögen zu spät bekamen?

Wazlawik: Die Fragebögen haben wir Mitte 2021 planmäßig verschickt. Die Landeskirchen hatten eine Frist von mehreren Monaten, um sie zu beantworten.

C&W: An diesem Teil Ihrer Studie, dessen Ziel es war, die Kennzahlen von Betroffenen und Beschuldigten zu ermitteln, arbeiteten Wissenschaftler, die schon bei der Untersuchung über die katholische Kirche dabei waren: die MHG-Studie, die 2018 veröffentlicht wurde. Waren die Fragebögen auf katholische Verhältnisse gemünzt, sodass die Leute in den Landeskirchen damit nicht klarkamen?

Wazlawik: Nein. Die Fragebögen waren bearbeitbar. Sicher, die Landeskirchen mussten dafür recherchieren. Es gibt einen Beschluss der Kirchenkonferenz der EKD, in der alle Landeskirchen vertreten sind. Darin wird auch die Personalaktenanalyse genannt. Und wir haben eine Kooperationsvereinbarung, in der die Anforderungen benannt sind.

C&W: Haben Sie die Fragebögen noch mal überarbeitet, als die Leute in den Landeskirchen die Hände über dem Kopf zusammenschlugen?

Wazlawik: Wir haben die Fragebögen vorab mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren, noch bevor wir sie an die Landeskirchen verschickt haben. Wir wollten ja möglichst viele und präzise Informationen bekommen.

C&W: Nachdem die Studie veröffentlicht wurde und Sie auf das Aktenproblem hinwiesen, meldeten sich einige Landeskirchen: Sie sagten, sie gehörten nicht zu den Bremsern und hätten sehr wohl ihre Akten durchgesehen. Wer hat denn nun recht?

Wazlawik: Ich will nicht ausschließen, dass Landeskirchen das für sich getan haben. Aber es gab einen Zeitpunkt, zu dem wir das modifizierte Verfahren vereinbart haben: Analyse der Disziplinarakten, aber keine Personalaktenanalyse. Es kann sein, dass Landeskirchen für das modifizierte Verfahren auch Personalakten angefasst haben. Aber sie haben keineswegs ihre Personalakten vollständig analysiert und die Daten an uns weitergegeben. Das belegt auch der Umstand, dass uns die Landeskirchen insgesamt nur eine vierstellige Zahl von Akten gemeldet haben, die sie für die Studie durchgesehen haben.

C&W: Die Fragebögen werden verschickt, Sie bekommen die Rückmeldung: Gebt nicht, gibt's

nicht, schaffen wir nicht. Mit wem haben Sie gesprochen, um die Studie zu retten? Mit den Landeskirchen einzeln oder mit der heutigen EKD-Ratsvorsitzenden, der Bischöfin Kirsten Febrs?

Wazlawik: Wir haben das mit allen für die Studie Zuständigen der EKD besprochen, die EKD ist unser Vertragspartner.

C&W: Würden Sie mitgehen, zu sagen: Die vertraglich zugesicherten Informationen über sexualisierte Gewalt hat Ihnen die Kirche verweigert?

Wazlawik: Die Daten sind nicht da. Sie sind bei uns nicht angekommen. Ich kann nur wiedergeben, was uns die EKD zur Begründung genannt hat: zeitlicher Verzug und Personalmangel. Es ist aber klar: Im Vertrag ist eine Personalaktenanalyse vereinbart worden. Ich kann es nur so feststellen, wie es gewesen ist.

»Laisser-faire-Organisationen haben ein Risiko für Machtmissbrauch«

C&W: Der MHG-Studie für die katholische Kirche lagen Daten aus rund 38.000 Personalakten zugrunde. Sie kamen mit Disziplinarakten und ganz wenigen Personalakten auf 6.000. Warum haben Sie damit weitergemacht, statt zu sagen: Das reicht nicht, wir müssen abbrechen?

Wazlawik: Wir haben deutlich mehr Fragestellungen und Zugänge als die reine Quantifizierung sexualisierter Gewalt in unserem Forschungsverbund. Es geht um mehr als Zahlen. Das andere ist: Man kann sagen, dass man nicht mehr weitermacht. Oder man wirft wenigstens einen ersten Blick auf die Frage, um sie erst einmal abschätzen zu können. Und wir sagen klar: Diese Zahlen sind ein Anfang, aber sie beschreiben nicht das ganze Ausmaß von sexualisierter Gewalt.

C&W: Das muss ernüchternd sein. Warum haben Sie nicht hingeschrieben, Herr Wazlawik?

Wazlawik: Unseren Verbund hat eine gewisse Widerstandsfähigkeit geeint. Es gibt mehrere Teilprojekte in unserem Verbund, die insbesondere die Betroffenenperspektive erforschen. Und ja, sicher gab es Punkte, an denen ich mir eine andere Geschwindigkeit gewünscht hätte. Aber hinschreiben wollte ich nicht.

C&W: Kann man so ein Projekt überhaupt abbrechen? 3,6 Millionen Euro, viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler...

Wazlawik: Sicher trifft man hier vertragliche Vorkehrungen. Aber unser Anspruch war: Wir wollen den ersten Einblick – und wir kommunizieren klar, was unsere Grundlage war und was eben nicht.

C&W: Wie unabhängig ist Ihre Studie?

Wazlawik: Ich würde behaupten, dass wir sehr unabhängig geforscht haben. Es ist dabei hilfreich gewesen, dass wir ein breit aufgestellter Forschungsverbund mit vielen erfahrenen Wissenschaftlern waren. Davon abgesehen haben wir uns vertraglich zusichern lassen, dass die evangelische Kirche keinerlei Veto-Möglichkeit hat, was die Veröffentlichung angeht. Wir konnten unsere Ergebnisse unter eigenem Namen und mit allen Rechten präsentieren.

C&W: Aber die wesentlichen Ergebnisse haben Sie schon vorher intern kommuniziert. Wann etwa hat das Beteiligungsforum der EKD von den Ergebnissen erfahren, in dem Betroffene und Kirchenfunktionäre vertreten sind?

Wazlawik: Wir haben das Beteiligungsforum einen Tag vor der Pressekonferenz informiert. Zudem

hat ein ausgewählter Personenkreis kurz vorher Einblick in die Zusammenfassung erhalten.

C&W: Wer waren diejenigen, die vorab die Zusammenfassung erhielten?

Wazlawik: Ein abgestimmter Kreis Verantwortlicher der EKD.

C&W: Evangelische Funktionäre also auch.

Wazlawik: Verantwortliche der evangelischen Kirche, ja.

C&W: Bei der Pressekonferenz hat Bischöfin Febrs vorher geredet, hinterher geredet, zwischendrin geredet. Eine Armada an Wissenschaftlern Ihres Teams stand wie bestellt und nicht abgeholt da. Fanden Sie das glücklich?

Wazlawik: Es war uns wichtig, dass die Studie in der Hochschule Hannover vorgestellt wird, einem Raum abseits der Kirche, und Betroffene die Gelegenheit zu Statements haben. Gleichzeitig aber sollten Kirchenvertreter anwesend sein, um im Dialog mit uns und den Journalisten zu den Studienergebnissen Stellung nehmen zu können.

C&W: Das unterscheidet die evangelische von katholischen Studien. Als die Missbrauchsstudie für das Erzbistum München vorgestellt wurde, war der Münchner Erzbischof Marx nicht mal anwesend, geschweige denn, dass er einen Platz auf dem Podium erhalten hätte. Welche Unterschiede bei der Aufarbeitung und den systemischen Ursachen gibt es noch? Und welche Gemeinsamkeiten?

Wazlawik: Da muss ich zuerst eines klarstellen: Unsere Studienergebnisse entlasten die katholische Kirche in keiner Weise. Wir beschreiben spezifisch protestantische Faktoren, die sexualisierte Gewalt ermöglichen. Die katholische Kirche hat ihre eige-

nen systemischen Fragestellungen. Vergleiche, bei wem es nun besser läuft oder schlimmer ist, sind zynisch und betroffenenfeindlich.

C&W: Und was ist mit den Gemeinsamkeiten?

Wazlawik: Gemeinsam ist die Bedeutung von speziellen religiös aufgeladenen Repräsentanten für das Missbrauchsgeschehen, von evangelischen Pfarrern und katholischen Priestern, die mit einer Rollenbeschreibung und -erwartung ausgestattet sind und so sexualisierte Gewalt legitimieren und anbahnen können. Das findet man so nur im Bereich Kirche. Aber natürlich gibt es für beide Kirchen und auch etwa im Sport je eigene systemische Aspekte. Für die evangelische Kirche habe ich einige genannt.

C&W: Sie würden also nicht sagen, dass die Reformdebatten in der katholischen Kirche ein Irrweg sind, weil die evangelische Studie ergeben hat: Missbrauch findet eh statt.

Wazlawik: Das in unsere Studie hineinlesen zu wollen, wäre eine grobe Verzerrung und falsch. Ganz im Gegenteil: Eine Erkenntnis nicht nur unserer Studie lautet: Sowohl streng hierarchisch organisierte wie auch föderale Laisser-faire-Organisationen haben ein Risiko für Machtmissbrauch und brauchen ihre je eigenen Reformen, um das Risiko zu minimieren.

C&W: Was verstört Sie mehr: Unwilligkeit oder Unfähigkeit in der Aufarbeitung?

Wazlawik: Es ist für Menschen und schon gar für Institutionen nicht leicht, sich der eigenen Schuld und Verantwortung zu stellen. Oft kommen hier fachliche Unzulänglichkeiten und ein nicht überall voll ausgeprägter Wille zur Aufarbeitung zusammen. Das gilt für beide Kirchen.

C&W: Und wie soll es in der Kirche, mit der Sie sich gerade beschäftigt haben, weitergehen? Braucht es eine ForuM-Studie 2.0 mit allen Personalakten?

Wazlawik: Es ist so, dass die meisten Landeskirchen noch immer keinen Überblick über das in den Aktenbeständen vorhandene Wissen haben. Auf welche Weise man da noch einmal nachfasst, mag ich nicht entscheiden. Das ist Sache der Landeskirchen und der EKD. Fest steht aber: Was wir in der ForuM-Studie gemacht haben, ist ein Anfang, hinter dem ein Doppelpunkt steht. Es kommt noch einiges an Arbeit auf die Landeskirchen und die EKD zu, um den Raum hinter diesem Doppelpunkt zu füllen.

C&W: In der katholischen Kirche kamen nach der MHG-Studie eine Reihe von Untersuchungen auf Bistumsebene hinter dem Doppelpunkt. In denen ging es um das konkrete Handeln und die Verantwortung von Bischöfen und ihren Mitarbeitern. Müssen auch in der evangelischen Kirche nun Namen genannt werden?

Wazlawik: Einer der nächsten Schritte muss sein, dass es zu einer systematischen Aufbereitung der einzelnen Fälle kommt. Dann kann es auch um individuelle Verantwortung gehen. Das ist ein großes Anliegen der Betroffenen. Gleichzeitig zeichnen wir in der Studie nach, dass Verantwortung diffundiert und dieses Thema über die Frage nach individueller Verantwortung hinausgeht.

C&W: Braucht es zudem eine Studie, die das Dunkelfeld der Missbrauchsfälle in der evangeli-

Die Studie im Überblick

Erstellt wurde die sogenannte ForuM-Studie in den vergangenen drei Jahren von einem Forschungsverbund aus acht Universitäten, Hochschulen und Instituten unter Leitung von Martin Wazlawik von der Hochschule Hannover. Viele Forschende waren schon an einer ähnlichen Untersuchung für die katholische Kirche 2018 beteiligt. Die ForuM-Studie ist in eine Meta-studie und fünf Teilprojekte gegliedert. Untersucht wurden die systemischen Faktoren von sexualisierter Gewalt in den 20 evangelischen Landeskirchen und den 17 diakonischen Verbänden.

Die Forschenden fanden Hinweise auf insgesamt 1.259 Beschuldigte (davon 511 Geistliche) und 2.225 Betroffene. Das sei jedoch nur »die Spitze der Spitze des Eisbergs«, betonten sie bei der Vorstellung der Studienergebnisse. Der Grund: Die Studie basiert lediglich auf einer Durchsicht von 4.282 Disziplinar- und 780 Personalakten sowie 1.318 weiteren Unterlagen (bei einer ähnlichen Studie in der katholischen Kirche wurden 2018 insgesamt 38.156 Personalakten gesichtet und 1.670 Beschuldigte sowie 3.677 Betroffene ermittelt). Die Forschenden kritisieren die »schleppende Zulieferung« und »unzureichende Qualität« der von den Landeskirchen angegebenen Daten. Nur eine Landeskirche sichtete alle Personalakten und lieferte die Daten. Hätten alle Landeskirchen ihre Personalakten ähnlich systematisch ausgewertet, wäre eine deutlich höhere Gesamtfallzahl zu erwarten gewesen. Die Forschenden konnte diese lediglich hochrechnen auf 3.497 Beschuldigte und 9.355 Betroffene zwischen 1946 und 2020. *Raoul Löbbert*

solche Kirche erforscht? 2018 hat die EKD eine solche Studie angekündigt. Heute will sie – beschränkt nur aufs Evangelische – nicht mehr.

Wazlawik: Generell braucht es eine solche Studie in Deutschland. In der öffentlichen Ausschreibung für unsere Studie war eine Dunkelfeldstudie explizit ausgeschlossen. Ich stelle mir fest: Niemand hindert die EKD, der Ankündigung von 2018 Taten folgen zu lassen und zu untersuchen, wie groß die Dimension des Missbrauchsgeschehens wirklich ist. Denn selbst wenn man alle Personalakten prüfen würde: Es bleiben die Fälle offen, die es gar nicht in die Akten schaffen.

C&W: Hat die EKD Angst vor dem Ergebnis?

Wazlawik: Ich weiß nicht, ob sie Angst hat. Ich kann nur eine generelle Empfehlung abgeben: Der schnellste Weg aus der Krise ist, der Wirklichkeit ins Auge zu sehen. Eine scheinbar Aufklärung führt nur dazu, dass die Krise zum Dauerzustand wird.

Nach der Studie zu sexualisierter Gewalt in der evangelischen Kirche sitzt der Schock tief. Nicht nur in der katholischen Kirche wurden Tausende Minderjährige missbraucht, sondern ebenso in den evangelischen Landeskirchen der EKD und der Diakonie. Die Reaktionen waren erwartbar. Nun müsse gründlich aufgeklärt werden. Nur wie geht Aufarbeitung? Und was genau soll aufgearbeitet werden?

Nachdem 2018 die bundesweite MHG-Studie über die katholische Kirche vorgelegt wurde, konnte endgültig niemand mehr bestreiten, dass sexualisierte Gewalt auch ein deutsches Problem sei – wie es noch 2002 der damalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, getan hatte. In den USA und Irland ja – bei uns nicht. Obwohl man wusste, wie massiv das Problem war, wurde die alte Vertuschungspolitik weitergeführt. Nun müssen sich die Verantwortlichen auf den Leitungsebenen der evangelischen Kirche Gleiches vorhalten lassen. Anstatt zu handeln, sich auf die Seite der Betroffenen zu stellen und durch Prävention dem Übel von sexuellem Kindesmissbrauch entschieden zu begegnen, liefen die Mechanismen weiter. Man verdrängte die sexualisierte Gewalt in den eigenen Reihen und handelte nur, wenn der Druck zu stark wurde.

Man kann verstehen, dass der Ruf nach dem Staat wieder stärker wird. Die Politik soll sich des Themas entschiedener annehmen als bisher. Eine sich nicht auf kirchliche Einrichtungen beschränkende große Dunkelfeldstudie steht an, die bezogen auf die unterschiedlichen sozialen Kontexte das gesamte Ausmaß des Missbrauchs in Deutschland in den Blick nimmt. Nur eine umfassende Transparenz sensibilisiert für das gesamtgesellschaftliche Problem und wirkt deshalb präventiv.

Dies darf die kirchlichen Verantwortungsträger aber nicht davon entlasten, die eigenen Strukturen kritisch ausleuchten zu lassen. Sexualisierte Gewalt hat immer eine Basis: den Missbrauch von Macht, auch in den Kirchen. Deshalb sollte die evangelische Kirche nicht davor zurückschrecken, nun das Handeln von Leitungsverantwortlichen in den Blick zu nehmen. Auf die große, bundesweit angelegte Studie zu EKD und Diakonie sollte eine unabhängige Aufarbeitung vor Ort folgen.

Die unterschiedlichen systemischen Gründe, die sexualisierte Gewalt möglich werden ließen, müssen genau und kirchendifferenziert beschrieben werden. Die MHG-Studie hatte gezeigt, dass

es keinen direkten Zusammenhang zwischen Zölibatsverpflichtung und Missbrauch gibt. Allerdings kann diese Lebensform potenzielle Täter anziehen. Nun zeigt sich in der Studie zur EKD, dass eine Vielzahl der Beschuldigten Familienväter waren. Offensichtlich sind hier die Zusammenhänge anders zu beschreiben. Verheiratete Pfarrer können zu Tätern werden, nutzen möglicherweise sogar ihre Lebensumstände, um jeden Verdacht von sich abzulenken. Allerdings konnten sie dies nur deshalb tun, weil die Leitungsverantwortlichen weggeschaut hatten. In einem Deutschlandfunk-Interview hatte 2015 der inzwischen verstorbene Kardinal Meisner noch beteuert, nichts gehnt zu haben (Christ&Welt Nr. 41/20). Die bistumsbezogene Aufarbeitung hat inzwischen so manche katholische Kirchenfürsten vom Denkmal gestoßen: die Kardinal Meisner und Lehmann, Höfner und Döpfner – nicht zu vergessen der von katholisch-restaurativen Kreisen als Ruhrgebietslichtgestalt verehrte Franz Hengsbach. Dann der Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch, einst Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Mit Spannung kann erwartet werden, wer auf evangelischer Seite noch den Offenbarungseid wird leisten müssen.

Wer trägt wofür Verantwortung? Warum konnten Regeln umgangen, gebogen oder gebrochen werden? Die historischen Aufarbeitungsprozesse können nur regional stattfinden. Für die 20 Landes-

kirchen der EKD muss das bedeuten: Unabhängige Aufklärung ist notwendig, und wenn Amtssträger ihrer Verantwortung wissentlich nicht gerecht wurden, muss das benannt werden. Dieser Prozess ist schmerzhaft, ja, man muss hinschauen, wo es wehtut. Aber schließlich haben die Betroffenen sexualisierter Gewalt ein Leben lang mit den Folgen zu kämpfen.

Vier pensionierte Fachleute untersuchten die Vorgänge: ein Richter, ein Staatsanwalt und zwei Kripokommissare

Aufarbeitung ist noch aus einem anderen Grund notwendig. Wenn verstanden werden soll, wie Vertuschung funktioniert hat und warum kaum jemand einmal bereit war, das Schweigen zu brechen, wird man konkret aufarbeiten müssen, um dann in einem nächsten Schritt zu systemischen Überlegungen zu kommen. Für den katholischen Bereich ist das strikt hierarchische Kirchen-system, die Konzentration der Machtfälle beim Ortsbischof längst als ein solcher Risikofaktor ausgemacht worden. Für den Bereich der EKD wer-

In der katholischen Kirche werden Missbrauch und seine Vertuschung regional aufgearbeitet. Unser Autor leitet die Kommission im Erzbistum Freiburg. Was er der evangelischen Kirche jetzt rät

VON MAGNUS STRIET

Hinschauen, wo es wehtut

Psychotherapie sowie Betroffene. Von der Kommission beauftragt wurde eine AG Aktenanalyse, besetzt mit pensionierten Fachleuten, einem Richter, einem Staatsanwalt und zwei Kripokommissaren. Sie erhielten Zugang zu Akten des Erzbistums, befragten Betroffene und Verantwortungsträger. Am 18. April 2023 legte die AG einen Bericht vor, in dem die Verantwortung für den Umgang mit sexualisierter Gewalt an Minderjährigen an exemplarischen Fällen aufgearbeitet wurde. Dabei wurde auch die Rolle des Altbischofs Zollitsch in den Blick genommen.

Die Freiburger Kommission analysiert nicht zuletzt auf der Basis dieses Berichts, welche systemisch bedingten Gründe gegeben waren, sodass die Kirche in der Erzdiözese zu einem Ort krimineller sexueller Übergriffe werden konnte, man sich für die Opfer kaum einmal interessierte und System-schutz betrieb. Zudem arbeitet sie Empfehlungen aus, damit die Kirche zu einem sicheren Ort für Kinder und Jugendliche wird.

Nur der unabhängige Blick wird es den evangelischen Landeskirchen ermöglichen, sich schonungslos der eigenen Geschichte zu stellen und aufzuarbeiten. Quantitative Untersuchungen sind wichtig, sie müssen sein. Nur reicht das nicht aus. Wichtiger noch wird es sein, wie es zu der auch in der Öffentlichkeit durchaus geteilten Illusion kommen konnte, dass Missbrauch in diesen Kirchen kein gravierendes Problem darstellen würde.

Die Aufarbeitungsprozesse in den katholischen Bistümern sind noch lange nicht am Ende, im Gegenteil. Nur eines ist klar. Die bisherigen Ergebnisse konnten nur erzielt werden, weil juristische und wissenschaftliche Expertise von außen geholt wurde. Intern ist man viel zu sehr verstrickt. Der EKD stehen diese Prozesse auf landeskirchlicher Ebene noch bevor.



Foto: Verlag Herder

Magnus Striet, 60, ist Fundamentaltheologe an der Universität Freiburg. Er ist Vorsitzender der Kommission zur Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch im Erzbistum Freiburg